



Der Minister

23. Oktober 2020

Seite 1 von 36

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Energie
und Landesplanung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Georg Fortmeier MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/4014

A18

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

Telefon 0211 61772-0

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 28. Oktober 2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Vorfeld wurde zu o.g. Sitzung verabredet, den Einführungsbericht zu
TOP 1 „**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz
2021)**“ dem Ausschuss vorab schriftlich zur Verfügung zu stellen.

In der Anlage übersende ich den erbetenen Bericht, mit der Bitte um Wei-
terleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und
Landesplanung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Dienstgebäude und Lieferan-
schrift:

Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
Telefax 0211 61772-777
poststelle@mwide.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 706, 708,
709 bis Haltestelle Poststraße

Bericht der Landesregierung

Seite 2 von 36

„Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021“

Die deutsche Wirtschaft erholt sich derzeit langsam von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und bleibt auf einem vorsichtigen Wachstumskurs. Die Talsohle scheint durchschritten zu sein.

Nach den historisch beispiellosen Einbrüchen im ersten und zweiten Quartal (-2,0 und -9,7 Prozent) signalisieren Indikatoren für das dritte Quartal eine wieder deutlich zulegende Wirtschaftskraft. Laut Prognosen führender Institute kann die Wirtschaft schon im Laufe des Herbsts fast die Hälfte der Einbrüche aus dem Frühjahr aufholen. Auch das Welthandelsvolumen hat bis Juli fast zwei Drittel des Einbruchs während der Pandemie wettgemacht und lag nur noch 6,6 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Industrieproduktion, Auftragseingänge und Exporte nahmen in den vergangenen Monaten stetig zu, wenn sie auch noch weit hinter dem Vorkrisenniveau zurückbleiben. Hoffnung macht, dass Unternehmen die aktuelle Lage merklich besser beurteilen als zuletzt. Auch ihre Erwartungen fallen jetzt wieder optimistischer aus.

Insgesamt scheinen sich also zumindest die schlimmsten Befürchtungen nicht zu bestätigen. Nach jüngsten Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder ist die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 2020 um 6,2 Prozent eingebrochen. Damit sank die Wirtschaftskraft hierzulande weniger stark als im Bundesdurchschnitt mit einem Minus von 6,6 Prozent.

Zu dem hierzulande besseren Ergebnis haben die frühzeitigen vorsichtigen Lockerungen und die schnelle Auszahlung der NRW-Soforthilfe zusammen mit vielen anderen Unterstützungsangeboten für Unternehmen

und Betriebe beigetragen. Auch der im Vergleich zu anderen Bundesländern etwas geringere Anteil der stark unter der Corona-Krise leidenden Kfz-Industrie schlägt positiv zu Buche. Ein breiter Branchenmix macht Nordrhein-Westfalen widerstandsfähig.

Angesichts der insgesamt wieder aufwärts gerichteten Entwicklung haben für Gesamtdeutschland die Institute ihre Prognosen für das Gesamtjahr 2020 zuletzt nach oben angepasst, zum Beispiel das Ifo-Institut von -6,7 auf -5,2 Prozent und das RWI-Essen von -5,8 auf -4,7 Prozent. Die Bundesregierung hat ihre Jahresprognose von zuvor -6,3 Prozent auf -5,8 Prozent heraufgesetzt.

Dafür dürfte die Erholung 2021 weniger kräftig ausfallen (BMW: +4,4 Prozent; Ifo: +1,7 Prozent; RWI: +4,5 Prozent). Einerseits findet ein Teil des für 2021 erwarteten Wachstums nun schon 2020 statt. Andererseits schlägt eine absehbar in 2021 immer noch schwierige wirtschaftliche Lage negativ zu Buche.

Gleichzeitig wird so schon jetzt deutlich, dass die weiteren Verluste immer schwieriger aufzuholen sind. Das Vorkrisenniveau dürfte frühestens Ende 2021 wieder erreicht sein. Dabei bleibt die Erholung auf Grund einer unsicheren Lage in der Pandemie anfällig für Rückschläge.

Die Fortsetzung der kontinuierlichen Erholung ist kein Selbstläufer. Viele Betriebe kämpfen trotz des Aufwärtstrends noch immer mit niedrigen Umsätzen, einer schwachen Exportnachfrage und haben die Gewinnschwelle noch nicht erreicht. Weltweit ist auch angesichts asynchroner Verläufe der Pandemie unklar, ob die schlimmsten Auswirkungen durchgestanden sind. Zudem bedrohen Handelskonflikte, politische Spannungen und die Möglichkeit eines „harten“ Brexits den internationalen Warenaustausch.

So ist es umso wichtiger, dass Land und Bund jetzt mit gezielten konjunkturpolitischen Maßnahmen helfen, damit die Wirtschaft zügig weiter an

Dynamik gewinnen kann. Ergänzend zum enorm wichtigen Kurzarbeitergeld stützt das Konjunkturpaket des Bundes Investitionen und den privaten Konsum.

Die Landesregierung ergänzt die Maßnahmen des Bundes mit zusätzlichen Impulsen für ein Modernisierungsprogramm. Das Nordrhein-Westfalen-Programm I konzentriert sich mehr noch als der Bund auf Investitionen, die die langfristigen Wachstumskräfte stärken.

Schwerpunkte des Nordrhein-Westfalen-Programms sind die Entlastung und Stärkung der Investitionsfähigkeit der Kommunen, die Digitalisierung in der Bildung, Investitionen in Krankenhäuser, weitere Unterstützung für Solo-Selbstständige und Kultureinrichtungen und der Klimaschutz.

Neben den zuletzt genannten konjunkturellen Akutmaßnahmen sieht sich die Landesregierung in der Pflicht, für Kontinuität und strukturelles Wachstum, auch und insbesondere in Krisenzeiten, zu sorgen. **Der 2017 eingeleiteten Modernisierungskurs mit seinen klaren Schwerpunkten in den Bereichen Innovation, Digitalisierung und Klimaschutz** sowie die vorgenommenen Weichenstellungen und konkreten Projekte, wie der Aufbau eines Spitzenclusters Industrielle Innovation (SPIN), die Initiative In4Climate oder das Kompetenznetzwerk KI.NRW greifen durch, bringen diese Themen zusammen und vor allem in eine schnelle Anwendung, die konkrete und sichtbare Ergebnisse in der Praxis bringt.

Corona war und ist ein bedeutender Einschnitt, aber unsere politischen Schwerpunkte, die im vorliegenden Haushalt abgebildet sind, sind langfristig angelegt und gedacht:

- Der Strukturwandel im Rheinischen Revier ist eingeleitet und wird als Jahrhundertchance Auswirkungen auf die Modernisierung des ganzen Landes haben.
- Die Entfesselung der Wirtschaft macht es Unternehmen leichter, nach der Krise wieder Fahrt aufzunehmen.

- Der An Schub der Elektromobilität leistet einen wichtigen Beitrag, damit auch der Verkehr beim Klimaschutz aufholt.
- Unser Industriepolitische Leitbild zeigt Wege zum modernsten und klimafreundlichsten Industriestandort Europas auf.
- Die Digitalisierung der Verwaltung macht uns effizienter und zukunftsfest für neue Aufgaben.
- Unsere Digitalstrategie beschreibt, wie die Digitalisierung das Leben der Menschen erleichtern und neue Chancen eröffnen kann.

Die finanziellen Spielräume des Staates werden in der vor uns liegenden Zeit nicht wachsen. Die im Entwurf des Einzelplans 14 bereitgestellten Mittel in Höhe von rd. 2,0 Mrd. EUR, ein Zuwachs von rd. 29% im Vergleich zum Haushalt 2020, erlauben es uns aber, die begonnenen Aufgaben, auch in Krisenzeiten, kraftvoll weiterzuführen.

Die Bedeutung der Digitalisierung für eine zukunftssichere Gesellschaft in all ihren Aspekten wurde durch die Corona-Pandemie massiv verdeutlicht. Diesem Bedarf tragen wir mit dem vorliegenden Einzelplan 14 Rechnung. Für die Förderung des Gigabitausbaus, der Einführung der 5G-Schlüsseltechnologie und weiterer Maßnahmen der Digitalisierung stellen wir rd. 364 Mio. EUR zur Verfügung. Damit verdoppeln wir den Ansatz im Haushalt 2020 (rd. 184 Mio. EUR) nahezu.

In diesem Kontext steht auch die Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen. Zu diesem Zwecke sind im Haushalt 2021 Ausgaben in Höhe von rd. 311 Mio. EUR geplant. Ausgehend von Haushalt 2020 bedeutet dies eine Steigerung um 130 Mio. EUR.

Weist der Haushalt 2020 für wirtschaftspolitische Aufgaben einen Ansatz von 553 Mio. EUR aus, so steigt dieser Wert im Haushalt 2021 auf rd. 620 Mio. EUR an – ebenfalls ein Plus von rd. 12%.

Im Folgenden werden Ihnen die wirtschafts- und energiepolitischen Schwerpunkte des Einzelplans 14 im Haushaltsplan 2021 vorgestellt.

Rheinisches Revier

Vor dem Hintergrund des vorzeitigen Ausstiegs aus der Kohleverstromung ist das Ziel all unserer Maßnahmen für das Rheinische Revier die Schaffung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen sowie die Entwicklung des Reviers zu einer Modellregion für Energieversorgungs- und Ressourcensicherheit.

Um dieses Ziel zu erreichen, nutzt die Region die Chancen des Strukturwandels und verfolgt eine stärkenorientierte Wirtschaftsförderungsstrategie: Die Wachstumfelder der Region sollen gestärkt werden, um eine sich dauerhaft selbst tragende Entwicklung zu ermöglichen. Auf dieser Basis sind aus der Region heraus vier Zukunftsfelder für die Arbeit der kommenden Jahre identifiziert worden, entlang derer neue Wertschöpfungsketten entstehen können: „Energie und Industrie“, „Innovation und Bildung“, „Ressourcen und Agrobusiness“ sowie „Raum und Infrastruktur“. Ihren Niederschlag finden diese Zukunftsfelder im Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0, das im Dezember 2019 veröffentlicht wurde und mit dem die Zukunftsagentur Rheinisches Revier unter Einbindung zahlreicher Experten und Vertretern aus der breiten Öffentlichkeit eine konkrete Vision für die Entwicklung der Region und die Schaffung neuer Wertschöpfung und Beschäftigung vorgelegt hat. Derzeit wird das Wirtschafts- und Strukturprogramm innerhalb der Landesregierung geprüft. Die Region entwickelt es zum Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.1 weiter und wird im ersten Halbjahr 2021 eine konsolidierte Fassung vorlegen.

Mit dem Inkrafttreten des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen am 14. August 2020 wurde eine entscheidende Grundlage für die Projektauswahl und -förderung im Rheinischen Revier gelegt. Die Region hat damit

Planungs- und Finanzierungssicherheit zur Gestaltung des Strukturwandels. Im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes wird die Bundesregierung dem Rheinischen Revier bis ins Jahr 2038 bis zu 14,8 Mrd. EUR an Strukturmitteln zur Verfügung stellen – aufgeteilt in mehrjährige Förderperioden.

Die Landesregierung ist bereits in Vorleistung gegangen: Um zeitnah handlungsfähig zu sein, wurde unter anderem das SofortprogrammPLUS entwickelt, das die (Anschluss-) Finanzierung erster Projekte aus dem Sofortprogramm 2019, aus dem Eckpunktepapier zum Strukturstärkungsgesetz, aus dem Strukturstärkungsgesetz selbst sowie weiterer für eine kurzfristige Förderung geeigneter Projekte regelt.

Auf der Aufsichtsratssitzung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier am 28. August 2020 wurden die ersten 19 der insgesamt 82 Projekte mit dem zweiten Stern als „tragfähige Vorhaben“ ausgezeichnet. Nach internen Bewertungen durch die Landesregierung unter Begleitung der Revierknoten der Zukunftsagentur wurden am 2. Oktober 2020 weitere Projekte ausgewählt, die ebenfalls den zweiten Stern erhalten. Hierzu gehören vielversprechende Initiativen wie die New Business Factory, die digitale Pioniere ausbildet, Start-ups beim Wachstum unterstützt und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle in etablierten Unternehmen anregt.

Darüber hinaus konnten am 2. Oktober bereits zwei Projekte mit dem dritten Stern als „Zukunftsprojekt des Strukturwandels im Rheinischen Revier“ prämiert werden: NEUROTEC II – Neuro-inspirierte Technologien der künstlichen Intelligenz für die Elektronik der Zukunft im Rheinischen Revier und das Ernst Ruska-Centrum 2.0: Die Nationale Forschungsinfrastruktur für höchstauflösende Elektronenmikroskopie.

Nun gilt es, für die verbleibenden Projekte einen Förderzugang entweder beim Land oder für ein Förderprogramm des Bundes zu identifizieren. Die Vergabe der Sterne durch den Aufsichtsrat wird turnusmäßig fortgeführt,

um alle Projekte aus dem SofortprogrammPLUS und dem Starterpaket Kernrevier in die Umsetzung zu bringen.

Parallel hierzu schaffen wir derzeit alle notwendigen technischen Rahmenbedingungen, um zügig mit der Regelförderung für das Rheinische Revier beginnen zu können. Die Mittel von insgesamt 14,8 Mrd. EUR bis 2038 werden zu einem Teil – bis zu 9,6 Mrd. EUR - über Fördermaßnahmen des Bundes abfließen und zu einem anderen Teil – bis zu 5,2 Mrd. EUR - über den Landeshaushalt. Das Land ist auf Grund gesetzlicher Vorgaben zu Kofinanzierungen beider Förderstränge verpflichtet. Damit Nordrhein-Westfalen seinen Verpflichtungen nachkommen kann, müssen die erforderlichen Kofinanzierungsmittel im Haushalt 2021 ff. abgebildet werden.

Mittelstand

Mittelständische Unternehmen sind das Fundament unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaft: Etwa 99,5 Prozent aller Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind kleine und mittlere Unternehmen. Der Mittelstand in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet circa 34 Prozent des Jahresumsatzes aller Unternehmen im Land - das entspricht etwa 471 Mrd. EUR. Ebenso beschäftigt der Mittelstand in NRW mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Diese Zahlen machen eines ganz deutlich: Die mittelständische Wirtschaft, das Handwerk und die Freien Berufe leisten einen ganz wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens und erfüllen dabei auch eine wichtige Stabilisierungsfunktion, insbesondere für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, was auch im internationalen Vergleich keineswegs selbstverständlich ist.

Eine ganz überwiegende Zahl (über 90 Prozent) der KMU sind zudem Familienunternehmen. Diese familiengeführten Unternehmen haben eine

besondere, über Generationen gewachsene Verbundenheit zum Standort Nordrhein-Westfalen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie es immer wieder schaffen, sich neu zu erfinden. Heute sind sie einer der wichtigsten Treiber von Innovationen in Nordrhein-Westfalen. Um den Dialog zwischen Familienunternehmen und dem MWIDE wiederaufzunehmen, fand bereits im Juli 2019 erfolgreich eine Veranstaltung im K21 Ständehaus statt. Eine weitere Veranstaltung ist als Online-Format für Dezember 2020 geplant, in der wir die Auswirkungen der Corona-Pandemie mit Familienunternehmen erörtern und Unterstützungsangebote diskutieren wollen. Um den gemeinsamen und persönlichen Dialog weiter zu stärken, hoffen wir, die Veranstaltung im Jahre 2021 wieder als Präsenzveranstaltung durchführen zu können.

Zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik des Landes ist es daher, die Rahmenbedingungen für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen zu verbessern sowie dessen wirtschaftliche Entfaltung zu unterstützen. Insbesondere die Corona-Pandemie stellt den Mittelstand hierbei vor neue Herausforderungen und verlangt nach wirtschafts- und industriepolitischen Orientierungspunkten.

Ein Ansatzpunkt ist dabei die Weiterentwicklung der Clearingstelle Mittelstand. Wir planen, die Kompetenzen der Clearingstelle Mittelstand auszubauen. Dadurch kann die Clearingstelle Mittelstand einen wichtigen Beitrag leisten, die Belange des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen noch stärker ins Blickfeld zu rücken und Gesetze und Verordnungen noch mittelstandsfreundlicher auszugestalten.

Förderung der Stiftung „Institut für Mittelstandsforschung“:

Das „Institut für Mittelstandsforschung“ (IfM) ist eine gemeinsame Stiftung der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen. Zum Verständnis der Lage, Entwicklung und Probleme des Mittelstands und zur wissenschaftlichen Fundierung einer modernen Mittelstandspoli-

tik trägt das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn bei. Mit Frau Professorin Friederike Welter steht hier eine international anerkannte Wissenschaftlerin mit herausragenden Qualifikationen an der Spitze des Instituts. Frau Prof. Welter wird das mittelstandspolitische Renommee des IfM national und international weiter ausbauen. Die wissenschaftlichen Forschungen und Studien des IfM werden veröffentlicht. Die Ausgaben werden zu 2/3 vom Bund und zu 1/3 vom Land Nordrhein-Westfalen getragen.

Handel

Durch die Veränderungen der Kundenerwartungen, Urbanisierung sowie durch die Herausforderungen der digitalen Transformation wird der Handel auch 2021 unter enormem Druck stehen. Bereits die Studie „Handels-szenarien NRW „2030“ prognostizierte im Mai 2019 bis zum Jahre 2030 einen Rückgang von bis zu 20.000 stationären Ladengeschäften in Nordrhein-Westfalen. Es ist zu erwarten, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie diesen Prozess noch beschleunigen werden.

Der Handel ist gefordert, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Gerade die Erhöhung der Onlinepräsenz und die Implementierung von digitalen Services erhöhen auch die Zukunftschancen des Präsenzhandels. Dabei wollen wir den Handel nach Möglichkeit unterstützen. Neben dem eCommerce Tag NRW als jährlicher Plattform zum Austausch steht dabei der Projektauftrag „Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken“, mit dessen Hilfe Projektideen als Vorbilder und Orientierungshilfe für die Digitalisierung im Handel ermöglicht werden, im Mittelpunkt unserer Aktivitäten.

Handwerk

Die durch die Landesregierung rechtzeitig eingeleitete Neuausrichtung der Handwerksförderung mit Schwerpunktsetzung auf die digitale Transformation wirkt und kann den Handwerksbetrieben gerade jetzt dabei helfen, die Folgen der Pandemie besser abzufedern. Für den Neustart aus der Krise wird die Landesregierung deshalb an der Ausrichtung ihrer Handwerksförderung festhalten: Bewährtes wird fortgeführt und verbessert – neue Herausforderungen werden angenommen. Ein wesentliches Element in diesem Prozess ist die neue Meistergründungsprämie. Trotz finanzwirtschaftlich schwieriger Zeiten halten wir hier Wort: Ab 2021 werden wir die Meistergründungsprämie auf eine reine Landesförderung umstellen. Gleichzeitig passen wir die Förderkonditionen an die aktuelle Lage sowie die Bedürfnisse der Gründerszene im Handwerk an: wir erhöhen mit Augenmaß den Gründungszuschuss und das Antragsverfahren wird vereinfacht und damit gründerfreundlich gestaltet.

Tourismus

Der Tourismus ist für das Land Nordrhein-Westfalen mit Blick auf Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Unternehmen und Wertschöpfung von großer Bedeutung. Dies zeigt sich gerade jetzt in der Coronakrise deutlich. Ziel der Landesregierung ist es, die Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung des Tourismus zu gestalten. Denn es geht nicht nur um den Tourismus, sondern auch, wegen der enormen Ausstrahlungseffekte, um die Nachbarbranchen wie die Gastronomie, die Hotellerie, die Veranstaltungswirtschaft, eigentlich um die gesamte touristische Wertschöpfungskette.

Die Tourismusbranche verändert sich laufend, alles um sie herum beschleunigt sich. Neue Technologien und der Tourismus sind untrennbare Verbündete. Darum gilt es, neue Wege kontinuierlich zu beschreiten,

auch um die Wettbewerbsfähigkeit der touristischen Betriebe zu sichern. Die Nutzung des Internets, mobile Anwendungen, soziale Netzwerke und intelligente Geräte, die Teil unseres Alltags geworden sind, bieten unendliche Möglichkeiten und Vorteile, die den Markt transparenter machen. Mit Investitionen in technologische Trends werden zudem neue Innovationsfelder geschaffen, die dem Tourismus neue Perspektiven und Entwicklungen geben.

Dafür engagiert sich die Landesregierung mit ihrer Förderung und der Umsetzung der Landestourismusstrategie „vernetzt, digital, innovativ“ durch den Tourismus NRW e.V. ausdrücklich.

Textil- und Bekleidungsindustrie

Die gut vernetzte Textil- und Bekleidungsindustrie in Nordrhein-Westfalen bietet beste Rahmenbedingungen für Innovation und Digitalisierung. Zahlreiche forschende und auslandsaktive Unternehmen arbeiten in einem dynamischen Wettbewerbsumfeld; die herausragende interdisziplinäre Forschungsinfrastruktur der Branche bereitet das Feld für die Innovationsaktivitäten der Unternehmen.

Gerade die technischen Textilien sind Innovationstreiber für technologieorientierte Branchen und Wirtschaftszweige von der Automobilindustrie, der Energie- und Umweltwirtschaft über Gesundheitswirtschaft und Biotechnologie bis zur Luft- und Raumfahrt und der Bauwirtschaft. Dabei dient Digitalisierung hier nicht primär zur Produktivitätssteigerung, sondern dazu mithilfe digitaler Anwendungen, Robotik und KI neue Geschäftsfelder zu erschließen. Gerade für die von den Auswirkungen der Pandemie hart getroffene Bekleidungsbranche ist ein Innovations- und Digitalisierungsschub existenziell. Verschiedene Projektideen etwa im Rheinischen Revier sollen wichtige Beiträge für die Zukunftsentwicklung leisten.

Informations- und Kommunikationswirtschaft

Seite 13 von 36

Die IKT-Wirtschaft spielt eine zentrale Rolle in Nordrhein-Westfalen. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke – die Branche für Informations- und Kommunikationswirtschaft steht für 7,4 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung des Landes – und auch als die Branche, die die Digitalisierung durch die Bereitstellung der notwendigen Technologien überhaupt ermöglicht. Die IKT-Branche erwirtschaftete im Jahr 2018 einen Umsatz von mehr als 127 Milliarden Euro und damit ein Plus von 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In den fast 25.000 Unternehmen arbeiteten insgesamt etwa 239.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Die Zahlen zeigen: Mehr als ein Viertel des Gesamtumsatzes der IKT-Branche in Deutschland wurde im Jahr 2018 in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet, jedes fünfte IKT-Unternehmen ist in NRW beheimatet und ebenso fast jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der Branche hier im Land angestellt. Wir wollen uns weiter gezielt dafür einsetzen, dass unser Land im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie diese Spitzenposition in Europa behält. Deswegen werden wir sowohl IKT-Innovationen als Treiber für die digitale Transformation unterstützen als auch die Sensibilisierung in der Wirtschaft – insbesondere im Mittelstand – für das Thema Cybersicherheit stärken.

Transformation der (Chemie-)Industrie

Die Transformation der für NRW und unsere Wertschöpfungsketten wichtigen Chemieindustrie ist für die Akzentuierung und Konkretisierung des europäischen Green Deals von zentraler Bedeutung. Hierbei kommt es vor allem auf die Ausgestaltung der digitalen und grünen Transformation an, d.h. Schnittstellen entlang von Wertschöpfungsketten müssen gestaltet werden. Neben industriellen Leitprojekten, FuE-Projekten sind insbe-

sondere auch Reallabore und Demonstrationsanlagen seitens des Landes zu unterstützen. Nur so kann die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhalten und ausgebaut werden. Innovative Lösungen aus den Bereichen Leichtbau, Kunststoff (-recycling), Chemie, Elektroindustrie, Zement- und Kalkindustrie sowie Bauwirtschaft können die Transformation erfolgreich gestalten.

Die erfolgreiche Trilaterale Chemiestrategie (NRW, NL und Flandern) kann hier auch einen Beitrag leisten. So sollen die internationalen Pipelineverbindungen verbessert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Raumes zu sichern.

Gesundheit

Die Corona-Pandemie hat insbesondere die Gesundheitswirtschaft gefordert, sehr kurzfristig zeigte sich, was fehlte oder knapp werden könnte: Impfstoffe, Schutzkleidung, Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel sowie Intensiv- und Krankenhauskapazitäten. Es gelang in NRW, den Gesundheitssektor innerhalb kürzester Zeit mit allen nötigen Gütern zu versorgen. Hierzu wurden auch Produktionskapazitäten in NRW aufgebaut. Langfristig sollte in diesen Bereichen die inländischen Kapazitäten weiter ausgebaut werden, um die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten abzubauen. Hierbei hat auch die Europäische Union Koordination und Unterstützung angeboten.

Bei der Pandemiebekämpfung kam der Digitalisierung im Gesundheitsbereich eine Schlüsselrolle zu. Laufende Digitalisierungsprozesse mussten beschleunigt werden. Der ambulante Bereich musste durch digitale Prozesse unterstützt werden. Persönliche Kontakte sollte in der ambulanten Versorgung reduziert werden, Telemedizin kommt daher verstärkt zum Einsatz. Ein schneller Datenaustausch ist für die Forschung zentral. Unikliniken und Forschungsreinrichtungen beteiligen sich am Austausch

der dafür notwendigen Plattformen. Durch den Einsatz von KI werden die Möglichkeiten erheblich erweitert. Das MWIDE wird die Digitalisierung der Gesundheitswirtschaft weiter vorantreiben.

Biotechnologie

Mit ca. 500 Unternehmen, die in den Lebenswissenschaften aktiv sind, ist NRW einer der wichtigsten Standorte in Deutschland. Diese Unternehmen setzen sich aus Vertretern von Start-Ups, Mittelständlern und Großindustrie zusammen. Diese Firmen bedienen Märkte wie Lebens- und Futtermittelherstellung, Kosmetik und Körperpflege, Klebstoffe, Textilien und Materialien sowie Baustoffe. Zusätzlich spielt die Biotechnologie eine immer wichtigere Rolle in der Gesundheitswirtschaft. Rund ein Viertel des Umsatzes von pharmazeutischen Produkten entfällt mittlerweile auf biopharmazeutische Stoffe und Zelltherapien. So sind von den 102 dezierten Biotech-Unternehmen in NRW ca. 44% in diesem Feld aktiv (weitere 20% in der industriellen Biotechnologie, 29% in verschiedenen Dienstleistungsbereichen). Biotechnologie ist ein maßgebender Treiber der Zukunftsmedizin.

Gerade in der Zeit der Pandemie beweist die Biotechnologie ihre zentrale Bedeutung in Diagnostik und Therapie. So werden z.B. im Rahmen der Corona-Maßnahmen des Landes bereits die Entwicklung eines therapeutischen Wirkstoffs gefördert. Ebenso wird in diesem Rahmen die Entwicklung einer Therapie mithilfe Virus-spezifischer Zellen der Immunabwehr und ein diagnostisches Verfahren zum Nachweis solcher spezifischer Immunzellen unterstützt. Weitere Vorhaben zur Bekämpfung der Corona-Pandemie werden aktuell geprüft.

Die Biotechnologie ist ein wichtiger Innovationstreiber für die Chemie- und Pharmaindustrie, biotechnologische Verfahren haben einen stetig wachsenden Anteil an den Produktionsprozessen. Neben der zielgerichteten

Produktion komplexer Inhaltsstoffe sind Trends wie bioabbaubare Materialien und natürliche Inhaltsstoffe wichtige Treiber für den Einsatz von biogenen Rohstoffen und biotechnologischen Verfahren.

Mit der Biotechnologie als Schlüsseltechnologie bietet die wissenschaftsbasierte Bioökonomie Lösungsansätze für gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenschwund und Strukturwandel, und die Biologisierung der Wirtschaft mithilfe biotechnologischer Methoden wird die wirtschaftliche Zukunft in NRW maßgeblich mitbestimmen. Um bioökonomische Prozesse auf ein industrielles Niveau zu skalieren und so ein marktreifes Produkt zu generieren, fehlt es in NRW, in Deutschland und auch europaweit bislang an geeigneten Einrichtungen. Daher werden über Landes- und Bundesprogramme (z.B. über das Zukunftspaket des Bundes) entsprechende Skalierungsanlagen in NRW aufgebaut. Aktuell werden hierzu Studien in Auftrag gegeben.

Die auf dem Gebiet der Biotechnologie tätigen Unternehmen, Forschungsinstitutionen, und Verbände unterstützt die Landesregierung durch das Netzwerk BIO.NRW.

Messen

Die Corona-Pandemie hat den Digitalisierungsdruck auf Messen verstärkt. Neue, digitale Messekonzepte sind entstanden, die komplett als digitales Format veranstaltet werden wie die Gamescom in Köln, oder als Hybridlösung, die Messen auch für Besucher erlebbar machen, die nicht zu einer Präsenzmesse anreisen können oder wollen. Wir haben als Wirtschaftsministerium frühzeitig auf diesen Trend reagiert und bieten unseren Ausstellern als erstes Bundesland virtuelle Landesgemeinschaftsstände als Ergänzung zu realen Landesgemeinschaftsständen an. Damit

ermöglichen wir kleinen und mittleren Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen, sich mit ihren Produkten und Dienstleistungen real und digital erlebbar auf Messen zu präsentieren.

Neue Gründerzeit

Vor gut einem Jahr haben wir gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft das Konzept „Neue Gründerzeit NRW“ ins Leben gerufen. Unser Ziel ist es, dass Nordrhein-Westfalen bis 2025 zu den 30 weltweit führenden Start-up-Ökosystemen gehört. Mit dem Konzept haben wir das Gründungsgeschehen in seiner ganzen Tiefe und Breite in unserem Land in den Blick genommen. Die Angebote und Instrumente sind optimal aufeinander abgestimmt und sorgen für eine adressatengerechte Ansprache aller Beteiligten. Wesentlicher Baustein der Strategie ist eine Website (www.gruenden.nrw), die einen Überblick über alle öffentlichen Akteure und Unterstützungsmaßnahmen der regionalen Gründungsszene liefert. Neben den Förder- und Beratungsangeboten, die für alle Gründerinnen und Gründer zugänglich sind, werden zudem besondere Angebote für branchenspezifische Gründerinnen und Gründer herausgestellt und zusammengefasst. Um den Gründerinnen und Gründern sowie Gründungsinteressierten die Angebote noch besser zu präsentieren, haben wir uns zudem Social Media-Kanäle eröffnet und eine neue Veranstaltungsreihe aufgesetzt.

Gründerstipendium NRW

Teil der Strategie ist auch das Gründerstipendium NRW. Seit 2018 fördert die Landesregierung mit dem Programm die Startphase einer Unternehmensgründung und adressiert bewusst innovative Gründungsvorhaben. Bis zu drei Gründerinnen und Gründer pro Vorhaben erhalten ein Jahr

lang 1.000 EUR pro Monat. Das Stipendium richtet sich auch an Start-ups aus dem Ausland, sofern die Gründerinnen und Gründer ihren Lebensmittelpunkt in Nordrhein-Westfalen haben. Das Gründerstipendium ist eine echte Erfolgsgeschichte. Inzwischen haben wir rund 1.800 Gründerinnen und Gründer gefördert und die diesjährige Evaluation des Stipendiums hat zudem eine hohe Zufriedenheit und Identifikation mit dem Stipendium gezeigt. Angesichts dieses Erfolgs haben wir entschieden, das Programm für weitere drei Jahre aus dem Landeshaushalt zu verlängern. Wir wollen damit die besten Köpfe und Ideen weiter gezielt fördern.

EFRE.NRW 2021 – 2027

Nicht nur die Verlängerung des Gründerstipendiums wird im Jahr 2021 eine Rolle spielen. Im Jahr 2021 beginnt auch für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) eine neue siebenjährige Förderphase. Der EFRE.NRW ist seit vielen Jahren das bedeutendste Instrument der Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen.

Wie und mit welchem Volumen der Fonds in der neuen Förderphase im Einzelnen ausgestaltet sein wird, darüber wird derzeit auf europäischer Ebene noch intensiv verhandelt. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, vor allem der Corona-Pandemie, erscheint eine Einigung schwierig, aber dringend geboten, um das Programm pünktlich starten zu können.

Mein Haus hat sich zum Ziel gesetzt, die nordrhein-westfälische Wirtschaft durch forschungs-, innovations- und gründerfreundliche Maßnahmen zu unterstützen. Insbesondere die Förderung von Forschung, Technologie und Exzellenz mit einem ausdrücklichen Fokus auf Kooperation von wissenschaftlicher Forschung und Unternehmen kann dazu beitragen, die besonderen Stärken des Standorts Nordrhein-Westfalen zu nutzen und fortzuentwickeln.

In der nächsten Förderphase wird mit der Digitalisierung ein neuer Förderschwerpunkt gesetzt, da die digitale Transformation die Gesellschaft, den Staat und die Wirtschaft grundlegend verändert.

Weitere neue Förderschwerpunkte werden in den Bereichen Klimaanpassung, Kreislaufwirtschaft / Zirkuläre Wertschöpfung, Ressourceneffizienz und nachhaltige, multimodale städtische Mobilität liegen. Unser Ziel ist es, den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken und unseren Beitrag zur Verwirklichung der Klimaschutzziele zu leisten.

Nordrhein-Westfalen steht zudem durch den demografischen Wandel und der Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedsstaaten vor besonderen Herausforderungen. Diesen soll mit einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung von städtischen und ländlichen Gebieten begegnet werden.

Auf Basis dieser Zielsetzung wird der EFRE.NRW in der kommenden Förderphase von 2021 bis 2027 Maßnahmen in folgenden Bereichen fördern:

1. **intelligenteres Europa** durch die Förderung eines innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wachstums;
2. **grüneres, CO₂-armes Europa** durch Förderung von sauberen Energien und einer fairen Energiewende, von grünen und blauen Investitionen, der Kreislaufwirtschaft, der Anpassung an den Klimawandel, der Risikoprävention und des Risikomanagements;
3. **bürgernäheres Europa** durch die Förderung einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung von städtischen, ländlichen und Küstengebieten und lokalen Initiativen.

Regionale Wirtschaftsförderung

Neben dem landesweit zum Einsatz kommenden Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ein etabliertes

wichtiges Wirtschaftsförderungsinstrument für die strukturschwachen Regionen.

Mit dem Ziel, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken, fördern wir hieraus Unternehmensansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, sowie den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, vor allem die Flächenentwicklung, aber auch die Digitalisierung der Wirtschaft und die Fachkräftesicherung. Zusätzlich sorgen wir dafür, dass Technologie- und Gründerzentren in den Fördergebieten bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

Aktuell läuft das Verfahren zur Fördergebietsabgrenzung für die Zeit ab 2022 zwischen Bund, Ländern und EU. Dabei werden auch neue inhaltliche Fördermöglichkeiten über die Gemeinschaftsaufgabe erörtert.

Energiepolitik

Es liegt in diesem durch die Corona-Pandemie geprägten Jahr energiepolitisch eine sehr ereignisreiche Zeit hinter uns. Es wurden grundlegende Weichenstellungen vorgenommen, die mit erheblichen Auswirkungen für Deutschland und Nordrhein-Westfalen verbunden sind.

Der beschlossene Kohleausstieg – mit all seinen energiewirtschaftlichen, struktur- und sozialpolitischen Facetten – ist für uns eine der bedeutendsten Herausforderungen und ein historischer Kraftakt. Dieser Aufgabe stellen wir uns als industriell geprägtes Land. Wir werden die Stärken von Nordrhein-Westfalen für diese Transformation weiter einsetzen.

Die Bundesregierung hat in diesem Sommer das Kohleausstiegsgesetz vorgelegt. Es setzt die wesentlichen Punkte des durch die Kommission

Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung erreichten gesellschaftlichen Konsens um und schafft Perspektiven für den Strukturwandel in der Region.

Mit der schrittweisen Beendigung der Kohleverstromung leistet der Energiesektor einen Sonderbeitrag zur Erreichung der nationalen Klimaziele über das europäische Emissionshandelssystem hinaus. Nordrhein-Westfalen wird mit den getroffenen Vereinbarungen zum Vorreiter beim Kohleausstieg, denn in den nächsten Jahren tragen wir die Hauptlast und schalten erhebliche gesicherte Stromerzeugungskapazitäten ab – insbesondere im Rheinischen Revier

Wir werden nicht nur die Auswirkungen des Kohleausstiegs weiterhin im Blick haben, sondern den Umbau hin zu einem zunehmend auf erneuerbaren Energien basierenden Energiesystem weiter gezielt vorantreiben. Hierzu hat die Bundesregierung kürzlich die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes auf den Weg gebracht, welche wir als Landesregierung kritisch und konstruktiv begleitet haben.

Vor dem Hintergrund dieser wegweisenden gesetzlichen Weichenstellungen werden wir unsere Zielsetzungen auf der Grundlage unserer Energieversorgungsstrategie auch in den kommenden Jahren weiter konsequent verfolgen. Hierzu gehört:

- den Ausbau der Erneuerbaren Energien ambitioniert vorantreiben,
- Tempo machen beim Um- und Ausbau der Energieinfrastrukturen,
- bürokratische Hürden abbauen,
- eine Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis vorantreiben,
- die Transformation der Energieversorgung der Industrie unterstützen,

- bessere Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Einsatz der Sektorkopplung schaffen – um auch in den Sektoren Verkehr und Mobilität Fortschritte beim Klimaschutz zu erreichen,
- den richtigen Rahmen für den Einsatz und die Infrastruktur von Wasserstoff schaffen,
- die Digitalisierung im Energiesystem weiter vorantreiben und
- Forschung und Entwicklung für Innovationen weiter stärken.

Wir tragen als großes Industrieland maßgeblich Verantwortung für die Erreichung der Klimaziele. Wir tragen aber auch Verantwortung für unsere Energieversorgung. Daher behalten wir die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit der Strompreise weiterhin im Blick. Denn die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschleunigung hat eben richtigerweise auch unverzichtbare Maßnahmen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung empfohlen.

Wir sind in Deutschland daran gewöhnt, dass Energie jederzeit zuverlässig und sicher zur Verfügung steht. Dies hat maßgeblich zum Wohlstand in diesem Land beigetragen. Aber wir müssen uns bewusstmachen: Ein gleichzeitiger Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung stellt unsere Energieversorgung vor gewaltige Herausforderungen. Denn durch die zunehmende Stilllegung von Kern- und Kohlekraftwerken geht ein großer Anteil der gesicherten Leistung in Deutschland aus dem Markt.

Das heißt, Deutschland ist in kritischen Situationen zunehmend und maßgeblich auf Stromimporte angewiesen. Im aktuellen Leistungsbilanzbericht der Übertragungsnetzbetreiber wird für 2022 bereits eine Deckungslücke von ca. 7 GW prognostiziert.

Auch laut einer jüngst veröffentlichten Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts in Köln mit Fokus auf 2030 könnte eine ausgeprägte Kälteperiode zu erheblichen Deckungslücken im nordwesteuropäischen Energiesystem führen. So wird bei hoher Nachfrage für eine Kältewelle in 2030 eine

Lastunterdeckung von zwischen 35 und 70 GW berechnet. Insgesamt könnte es in bis zu 250 Stunden dazu kommen, dass die Stromnachfrage nicht gedeckt werden kann [Umfang der nicht gelieferten Energie: bis zu 5,6 TWh].

Die zu erwartende signifikante Deckungslücke bei der versorgungssicheren Kraftwerksleistung muss zum großen Teil durch Gaskraftwerke geschlossen werden. Deshalb ist es verantwortungslos, wenn nun bereits eine neue Ausstiegsdebatte gefordert wird. Denn zur Wahrheit gehört: Ohne ausreichend Gaskapazitäten, die die Kohlekraftwerke ersetzen, droht – aus Gründen der Versorgungssicherheit – ein verlangsamter Kohleausstieg.

Damit das nicht geschieht, müssen wir gegensteuern. Dazu gehört die Schaffung von verlässlichen Investitionsbedingungen für Gaskraftwerke ebenso wie ein verlässlicher Ausstiegsplan für die Kohleverstromung in Deutschland. Nur so bauen wir das Energiesystem planbar und verlässlich auf Erneuerbare Energien um, ohne die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gefährden.

Uns werden auch in den kommenden Jahren die energiepolitischen Herausforderungen nicht ausgehen – im Gegenteil: Wir werden unsere Anstrengungen weiter aufrechterhalten müssen, wenn wir die Energiewende zum Erfolg führen wollen. Hierfür werden wir uns weiterhin verantwortungsvoll einsetzen.

Energiesystem der Zukunft/Wasserstoff

Die Europäische Kommission hat mit dem „Green Deal“ die Weichen gestellt: Bis zur zweiten Hälfte des Jahrhunderts soll die Europäische Union und damit auch Nordrhein-Westfalen klimaneutral wirtschaften.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird sich unser Energiesystem in all seinen Teilbereichen wandeln müssen. Unser Energiesystem wird zukünftig –

auch vor dem Hintergrund des beschlossenen Kohleausstiegs – noch viel stärker von Erneuerbaren Energien geprägt sein und sich zu einem flexiblen, dezentralen und intelligenten System entwickeln.

Schon heute sehen wir, dass dieser Wandel bereits begonnen hat. Die Kohleverstromung geht zurück und wird bis spätestens 2038 komplett beendet sein. Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien nimmt dagegen rapide zu und große Unternehmen beginnen damit, ihre Prozesse teilweise komplett neu zu denken und sich für die Energiewelt von morgen aufzustellen.

Die Landesregierung ist entschlossen, diesen Weg zu einem klimaverträglichen Energiesystem aktiv mitzugestalten. Und mehr noch: Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum modernsten und klimafreundlichsten Energie- und Industriestandort Europas entwickeln.

Damit dies gelingt, sind Innovationen, neue Technologien, neue Produkte und Anwendungen unverzichtbar: sie sind der Schlüssel für eine klimaschonende Zukunft und der Garant für neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Hierbei wird Wasserstoff eine zentrale Rolle spielen. Ohne Wasserstofftechnologien werden wir das Ziel einer klimaneutralen Zukunft nicht erreichen können. Aus diesem Grund legen wir im November 2020 die Wasserstoff Roadmap für Nordrhein-Westfalen vor. Es ist eine politische Strategie mit der wir allen zeigen wollen: Mit Wasserstoff werden wir in Nordrhein-Westfalen die Zukunft gestalten. Zum Aufbau der notwendigen Wasserstoffwirtschaft benötigen wir neben den Infrastrukturen und Rahmenbedingungen sowie internationalen Kooperationen auch Forschung und Entwicklung und die Förderung von Investitionen.

Die Transformation des Energiesystems fördern wir – auch mit dem vorliegenden Haushalt – massiv, indem wir die anwendungsbezogene Forschung an zukunftsweisenden Technologien und die Umsetzung entsprechender Projekte unterstützen und damit Investitionen in zukunftsgerichtete und klimaverträgliche Technologien bei den Unternehmen auslösen.

Dazu zählen beispielsweise PtX-Technologien, Wasserstoffanwendungen oder etwa Speichertechnologien.

Ein wesentliches Instrument ist hier das Förderprogramm „progres.nrw“ mit dem Förderbausteinen „Innovation“.

Auch das Mitte November 2019 gestartete Spitzencluster industrielle Innovation (kurz: SPIN) hat zum Ziel, innovative Lösungen für das Energiesystem der Zukunft die Umsetzung zu bringen. Im SPIN haben sich bedeutende Unternehmen des Ruhrgebiets zusammengeschlossen, um Forschungsaktivitäten gemeinsam mit kleinen und mittleren Unternehmen und Hochschulen der Region zu forcieren. Das Cluster kann damit einen erheblichen Mehrwert für die innovative Entwicklung neuer Produkte und Technologien schaffen. Erste Projekte wurden bereits bewilligt.

Klimaneutrale Industrie

Die Begrenzung der Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius erfordert eine weitestgehend klimaneutrale Wirtschaft ab 2050. Besonders anspruchsvoll ist das für die Branchen der energieintensiven Industrie, in denen prozessbedingte, unvermeidbare Emissionen anfallen oder die Dekarbonisierung technisch sehr aufwendig ist.

Mit über 10.000 Industriebetrieben und einem Umsatz von über 350 Mrd. EUR ist und bleibt Nordrhein-Westfalen Industrieland. Der Weg in eine klimaneutrale Industrie ist für Nordrhein-Westfalen somit ebenso alternativlos wie herausfordernd. Die Klimaneutralität ist jedoch vor allem auch eine Chance, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu einem weltweit führenden Innovationsmotor zu machen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes als modernsten, klima- und umweltfreundlichsten Industriestandort dauerhaft zu stärken.

Wir unterstützen die Transformation der Industrie zur Klimaneutralität ganzheitlich – von der Strategie über die Prozesse bis hin zur Umsetzung. Strategisch arbeiten wir intensiv an der Vision und der Setzung der benötigten Rahmenbedingungen für eine Netto-Null-Industrie. Insbesondere die strategische Vernetzung der Themenkomplexe Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe und Kohlenstoffkreislaufwirtschaft bildet das Fundament einer nachhaltigen Industrie.

Aber auch hier spielen die Förderung von Forschungs- und Innovationsprojekten nach wie vor eine tragende Rolle. Wir können die Unternehmen mit dieser Aufgabe nicht alleine lassen. Die Umsetzung innovativer Industrieprojekte fördern wir daher im Rahmen von *progres.innovation*. Ziel ist es im Rahmen unserer Landesförderung auch weitere und großvolumige Fördermittel von EU und Bund zur Transformation unserer Industrie nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Viele der Projektideen entstehen mithilfe unserer Initiative *IN4climate.NRW*. Als bundesweit einzigartige Plattform, auf der Industrie, Wissenschaft und Politik zusammenarbeiten, bietet *IN4climate.NRW* einen wichtigen Raum für die Etablierung einer klimaneutralen Industrie und der Sicherung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen.

Energieforschung

Das Land will mit einer intelligenten Energie- und Klimaschutzpolitik den Transfer von Forschung in Anwendung fördern. Mit dem Förderinstrument *progres.nrw – Research* sollen dazu exzellente wissenschaftliche Arbeiten und Forschungsergebnisse im Bereich Energieforschung verstärkt in die Praxis umgesetzt werden, um so die Basis für weitere Entwicklungen für ein CO₂-armes Energiesystem, den Klimaschutz und die klimaneutrale Industrie zu stärken.

Die Energie- und Klimaschutzpolitik wird unter Nutzung technologiegetriebener Lösungen zukunftsfest und umweltfreundlich ausgerichtet. Mit vorbereitenden oder flankierenden Maßnahmen zur Erforschung und Klärung technischer und ökonomischer Fragestellungen sollen die Reallabore der Energiewende dazu landesseitig unterstützt werden. Die Reallabore der Energiewende sind Teil des 7. Energieforschungsprogramms der Bundesregierung. Im Rahmen des Programms fördert der Bund Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die neue Technologien und Lösungen für die Energiewende erarbeiten und unter realen Bedingungen und im industriellen Maßstab umsetzen.

Durch die Zusammenarbeit mit nationalen und regionalen Forschungsförderorganisationen bzw. Programmagenturen im Rahmen der ERA-NET-Aktivitäten zu den Themen „Solar“ und „Concentrated Solar Power – CSP“ soll die Forschungsförderung enger aufeinander abgestimmt werden und damit die wissenschaftliche Kompetenz in Europa gebündelt werden als Impuls für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

Durch die nachhaltige Weiterentwicklung der Forschungsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen soll die Innovationsfähigkeit der Unternehmen gesteigert und der Wirtschaftsstandort gestärkt werden. Eine exzellente Forschungsinfrastruktur ist die unabdingbare Grundlage für bahnbrechende Forschung und Entwicklung. Dazu gehört auch die weitere Anpassung der Institutionellen Förderung des Wuppertal Instituts als bedeutendem ThinkTank der Transformationsforschung.

Elektromobilität

Von Januar bis August 2020 wurden im Programm „progres.nrw - Emissionsarme Mobilität“ bereits 34 Mio. EUR Fördermittel bewilligt – 37 Mio. EUR waren es im gesamten Jahr 2019.

Über den gesamten Programmzeitraum haben wir in Nordrhein-Westfalen bereits 12.500 Ladepunkte gefördert.

Mit unserem Programm haben wir den Hochlauf der Elektromobilität bereits ein gutes Stück vorangebracht. 2021 wollen wir neue Schwerpunkte bei der betrieblichen Mobilität setzen. Wir werden für die Förderung von Ladepunkten, E-Fahrzeugen, E-Lastenrädern und für Umsetzungsberatungen bis zu 50 Mio. EUR zur Verfügung stellen.

Unsere Förderung stimmen wir dabei auf die bundespolitischen Aktivitäten ab, um maximale Erfolge für Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Klimaschutztechnik und Urbane Energielösungen

Mit dem Förderprogramm „progres.nrw – Markteinführung“ unterstützen wir die Einführung und Verbreitung von marktfähigen Anlagen, die Energie effizient nutzen sowie Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen produzieren oder speichern. Das Programm trägt dazu bei, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen, die Kopplung der Sektoren Strom und Wärme voranzutreiben und die Kohlendioxid-Emissionen zu reduzieren. Allein im laufenden Jahr wurden über das Programm bereits über 8.000 Batteriespeicher in Verbindung mit einer neuen Photovoltaikanlage beantragt.

Im kommenden Jahr wollen wir die Förderung insbesondere im Gebäudesektor noch stärker auf systemische Lösungen, die verschiedene erneuerbare Energien koppeln, und digitale Technologien ausrichten. Das Corona-Konjunkturpaket sorgt dafür, dass wir mit bis zu 50 Mio. EUR, mehr als doppelt so viele Mittel einsetzen können wie noch im vergangenen Jahr und mehr als das Vierfache des Jahres 2016. Damit bringen wir die Energiewende in Nordrhein-Westfalen auf breiter technologischer Ba-

sis voran und setzen zudem wichtige Impulse insbesondere für mittelständische Unternehmen und Hausbesitzer, in innovative und effiziente Technologien zu investieren.

Ein erfolgreicher Ansatz zur Umsetzung der Klimaschutzziele ist das Programm „100 Klimaschutzsiedlungen für Nordrhein-Westfalen“ – 99 Siedlungen haben bis heute den Status erhalten, 53 Siedlungen sind bereits realisiert. Diese Erfahrungen wollen wir nutzen um Quartiere weiterzuentwickeln. Um die Energiewende erfolgreich umzusetzen und den Klimaschutz wirklich voranzubringen, muss die Energiewende verstärkt in unseren Städten stattfinden. Ziel ist es, mit „Urbanen Energielösungen“ lebenswerte, zukunftsfähige CO₂-neutrale Quartiere zu entwickeln. CO₂-neutrale Quartiere sind umsetzbar, wenn die verfügbaren erneuerbaren Energien auf Quartiersebene ausgebaut, die Möglichkeiten der Sektorenkopplung konsequent genutzt und digitale Technologien eingesetzt werden. Dafür werden Wohnungswirtschaft, Immobilienentwickler, Stadtwerke, Kommunen und weitere Akteure gemeinsame Anstrengungen unternehmen müssen.

Kommunaler Klimaschutz

Die Landesregierung bekennt sich zum Klimaschutzabkommen von Paris und unterstützt das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Das im Klimaschutzgesetz NRW für 2020 gesetzte Ziel, den Treibhausgasausstoß bis 2020 um 25 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, hatte Nordrhein-Westfalen bereits 2017 erreicht. Zur Erreichung der Treibhausgasneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts sind allerdings noch enorme Anstrengungen notwendig.

Die Landesregierung erkennt dabei im kommunalen Klimaschutz eine zentrale Stellschraube. Klimaschutz wird vor Ort konkret. In vielen kommunalen Handlungsfeldern wirken die Kommunen direkt und indirekt auf

die Entwicklung im Klimaschutz ein: So sind sie als Gebäudeeigentümer verantwortlich für Bereiche mit hohem Treibhausgasminderungspotenzial wie Schulen, Hallenbäder und Verwaltungsgebäude sowie die Straßenbeleuchtung. Darüber hinaus sind Kommunen verantwortliche Planungsträger für die Ansiedlung von Energieerzeugungsanlagen und oft auch über kommunale Stadtwerke Lieferanten von Strom und Wärme. Dadurch haben Kommunen vielfältige Möglichkeiten, den Klimaschutz vor Ort effektiv voranzubringen und nehmen darüber hinaus eine wichtige Multiplikator- und Vorbildfunktion ein.

Kommunen sind somit wichtige Partner für die Erreichung der nordrhein-westfälischen Klimaschutzziele und werden durch passende Angebote des Landes bei ihren Klimaschutzanstrengungen unterstützt und gefördert. Ein wichtiger Baustein in diesem Handlungsfeld ist der Projektauftrag „Kommunaler Klimaschutz.NRW“. Mit ihm unterstützen Land und EU die Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen, die den Ausstoß von Treibhausgasemissionen in einer Kommune verringern. Im Fokus der Projekte stehen Klimaschutzmaßnahmen in den Bereichen energetische Gebäudesanierung, Quartiersentwicklung, Mobilität oder emissionsfreie Innenstadt. In 2017 ist das Volumen des Projektauftrages noch einmal um rd. 80 Mio. EUR Fördermittel aufgestockt worden. Nach aktuellem Stand der Bewilligungen und Vorhabenumsetzung stehen den Kommunen bis 2022 ca. 160 Mio. EUR zur Verfügung.

Weitere wichtige Bausteine sind Beratungs- und Unterstützungsangebote seitens des Landes, die alle Kommunen jederzeit kostenfrei anfordern können. Dazu zählen vor allem die Angebote der EnergieAgentur.NRW „KlimaNetzwerker.NRW“ und die Kommunalberatung, durch die den Kommunen Experten für die Umsetzung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen zur Seite gestellt werden. Ein Schwerpunkt dieser Projekte bildet im kommenden Jahr das Thema Erneuerbare Energien, also insbesondere der Ausbau von Photovoltaik auf kommunaler Ebene.

Außenwirtschaft und Standortmarketing

Seite 31 von 36

In diesen herausfordernden Zeiten ist es besonders wichtig, klare Prioritäten zu setzen und zukunftsorientiert zu handeln. Das Ziel der Außenwirtschaftsförderung muss weiterhin sein, eine den Bedürfnissen der Unternehmen angepasste Förderstruktur und entsprechende Maßnahmen anzubieten, um Wachstumsimpulse für die heimische Wirtschaft zu setzen.

Dabei wollen wir den Megatrends unserer Zeit – der Digitalisierung, der Globalisierung, der Neo-Ökologie und nicht zuletzt der zunehmenden Komplexität der weltwirtschaftlichen Verflechtungen – noch stärker Rechnung tragen.

Gemeinsam mit unseren Unternehmen, Verbänden, Kammern, den Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Clustern, unserer neu aufgestellten Außenwirtschaftsgesellschaft, die eine Außenwirtschaftsförderung aus einem Guss gewährleistet und allen weiteren Akteuren der Außenwirtschaftsförderung möchten wir den gewaltigen Herausforderungen unserer Zeit entschlossen begegnen, um die Wirtschaft unseres Landes international bestmöglich aufzustellen.

Angesichts der Auswirkungen und des Ausmaßes der Corona-Krise und den damit verbundenen Herausforderungen für unsere Wirtschaft, ist es entscheidend, wie schnell und wie stark wir aus der konjunkturellen Krise herauskommen. Für unser exportorientiertes und investitionsfreundliches Land hängt dies auch ganz maßgeblich von der klugen und entschlossenen Nutzung des außenwirtschaftlichen Instrumentariums ab.

Den Weg aus der Krise können ganz wesentlich unsere Standortvorteile bieten. Nordrhein-Westfalen mit seiner Lage inmitten der wachstumsstärksten Regionen Europas profitiert in besonderer Weise vom Europäischen Binnenmarkt, der nach dem Lockdown zum Glück wieder mobilisiert werden konnte. Der Binnenmarkt gibt unseren Unternehmen wieder

bessere Geschäftsgelegenheiten im nach wie vor nicht nur nächsten, sondern vor allem integrierten und auch deshalb volumenstärksten Exportmarkt.

In diesem Zusammenhang ist besonders zu begrüßen, dass die Grenzen zu unserem wichtigsten Handelspartner, den Niederlanden, zu keinem Zeitpunkt geschlossen waren. Wir haben uns auf allen Ebenen während der gesamten Zeit des Lockdowns kontinuierlich mit unseren niederländischen Partnern, sowohl dem Königreich der Niederlande als auch den benachbarten Provinzen, eng abgestimmt und somit dazu beitragen können, dass die Handelsbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden weitestgehend aufrechterhalten werden konnten. Hier von hat auch die Wareneinfuhr nach Nordrhein-Westfalen profitiert, denn dadurch konnten vor allem über den Hafen Rotterdam die für Nordrhein-Westfalen bestimmten Güter ohne größere Schwierigkeiten ihren Bestimmungsort erreichen. Für die Phase der wirtschaftlichen Erholung aber auch zur Vorbeugung zukünftiger Ereignisse dieser Art sind das gute kooperative Verhältnis zu den Niederlanden und die starke Stellung unserer internationalen Flughäfen Beispiele für Standortvorteile von Nordrhein-Westfalen, die wir im internationalen Wettbewerb durchaus nutzen können.

Auch die auf Initiative Deutschlands und Frankreichs von der EU eingeleiteten Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau schaffen die Basis, um den von der Pandemie besonders schwer getroffenen Mitgliedstaaten eine möglichst rasche wirtschaftliche Gesundung zu ermöglichen und damit den Binnenmarkt und unsere nächsten Absatzmärkte zu stabilisieren. Nur mit einem starken Europa wird auch die exportorientierte Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen an Stärke gewinnen.

Wir werden unseren vielfältigen und starken Standort Nordrhein-Westfalen mit einer neuen und angepassten Kampagne weiterhin international vermarkten und positionieren.

Aber auch in den internationalen Handelsbeziehungen brauchen wir jetzt neue Initiativen zur Stärkung des freien und fairen Welthandels.

Deshalb wird sich die Landesregierung gemeinsam mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission für ein umfassendes Netz von Freihandelsabkommen einsetzen.

Dies gilt natürlich auch für das zukünftige Verhältnis zum Vereinigten Königreich. Ohne die Einheitlichkeit des Binnenmarkts zu gefährden muss es gelingen, Großbritannien so eng wie möglich an die EU zu binden, ohne dem Vereinigten Königreich den Spielraum für eine eigenständige Entwicklung zu nehmen. Wir werden uns im Interesse der guten und wichtigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Großbritannien weiterhin für einen konstruktiven Dialog einsetzen.

Die Pandemie und die mit ihr verbundenen vielfältigen wirtschaftlichen Folgen geben uns darüber hinaus Anlass über viele Aspekte der Ausgestaltung unserer Außenwirtschaft nachzudenken. Dies betrifft z. B. unsere Lieferketten, die wir jeweils branchenabhängig diversifizieren sollten.

Die digitalen Infrastrukturen und die digitale Modernisierung sind während der Corona-bedingten Einschränkungen verstärkt ins Bewusstsein und in den Praxistest gerückt. Die Kontaktbeschränkungen offenbaren, dass der Staat auf allen Ebenen noch mehr in die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung investieren muss. Deutlich wird in der Krise auch, dass der Digitalisierungsgrad der Unternehmen ein zentrales Erfolgskriterium ist und auch den Charakter der Außenhandelsbeziehungen verändern und damit zur Stabilität außenwirtschaftlicher Aktivitäten beitragen kann.

Gerade in dieser wirtschaftlich schweren Phase müssen wir auf Investitionen, Digitalisierung, Innovationen, Modernisierung und Entfesselung setzen, um uns auf den nächsten Aufschwung vorzubereiten. Denn je mehr wir in die Chancen von morgen investieren, desto schneller und besser können wir die Herausforderungen von heute meistern.

Wirkliche Erfolge für die Innovation unserer Wirtschaft werden wir aber nur erreichen, wenn wir den internationalen Austausch zwischen Unternehmen, Forschungsinstitutionen, Start-Ups, Politik und Verwaltung stärken. Deshalb gehört die Förderung internationaler Innovationspartnerschaften nicht nur zu den Kernelementen unserer Außenwirtschaftsstrategie, sondern ist auch unerlässlich, um wirkungsvoll und gestärkt aus dieser Krise herauszukommen.

Unsere Außenwirtschaftsstrategie gibt uns den angesichts rasanter neuer Entwicklungen benötigten flexiblen Rahmen, um auf die vielfältigen Herausforderungen agil und zeitnah reagieren zu können. Dabei wollen wir uns von den Megatrends Digitalisierung, Globalisierung, Neo-Ökologie und zunehmender Komplexität der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und entsprechenden Handlungsfeldern als Maximen leiten lassen, bei der Ausgestaltung der konkreten Maßnahmen, Projekte und Instrumente aber auch immer die volatile Entwicklung der Weltmärkte und die internationalen Herausforderungen und Verflechtungen im Auge behalten, um unserer Wirtschaft immer dort die nötige Unterstützung zu bieten, wo sie gebraucht wird.

Landesplanung und Raumplanung

Nordrhein-Westfalen ist ein sehr dicht besiedeltes Land mit vielen konkurrierenden Ansprüchen an die Nutzung des Raumes. Aufgabe von Raumordnung und Landesplanung ist es, einen fairen Ausgleich der unterschiedlichen, aber in gleichem Maße wichtigen Belange sicherzustellen. Dabei geht es insbesondere um ausreichende Flächen für Wohnsiedlungen und Freizeitnutzungen, für Gewerbe, Industrie und Handel, die Verkehrsinfrastruktur wie Straßen- und Schienenwege, die technische Infrastruktur und Energie- und Rohstoffversorgung, gleichzeitig aber auch um die Sicherung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen sowie die

Sicherung der Flächen für Natur- und Landschaftsschutz, um Wasserschutzgebiete und auch um Schutz vor Hochwasser.

Das wichtigste Planungsinstrument der Landesplanung ist der Landesentwicklungsplan, dessen Änderung in Umsetzung des zweiten Entfesselungspakets abgeschlossen wurde. Jetzt geht es darum, die Regionalplanung bei der Umsetzung der damit gewonnenen Spielräume zu begleiten. Dazu gehört auch die Beteiligung der Landesplanung am aktuellen „Maßnahmenpaktes intelligente Flächennutzung“ mit einem Pilotprojekt für einen Flächen-Zertifikatehandel und einer Evaluierung des Flächenpools.

Entscheidend sind dabei die Anstrengungen zur Digitalisierung der Landesplanung mit dem Ziel, Planungsprozesse im Land zu verbessern und zu beschleunigen. Zu den Aktivitäten zählen insbesondere die Beteiligung der Landesplanung an der Weiterentwicklung des landesweiten Beteiligungsportals, die Standardisierung von Datenformaten nach bundesweiten Standards und die verstärkte Nutzung und Auswertung von Satellitendaten mit Hilfe von Verfahren künstlicher Intelligenz.

Hinzu kommen gesetzlich festgelegte Aufgaben wie die zügige Rechtsprüfung angezeigter Regionalplanänderungen und die Vertretung des Landes in Rechtstreitigkeiten, welche die Raumordnung und Landesplanung betreffen.

Schlusswort

Im vergangenen Jahr habe ich bei der Einbringung des Haushaltsplans 2020 in den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung gesagt, dass wir die Weichen auf „Chancen“ stellen wollen statt auf „Hemmnisse“. An diesem Anspruch hat die Corona-Pandemie nichts geändert, im Gegenteil: sie verstärkt die Notwendigkeit, diesem Ansatz zu folgen. Unser Ziel für 2021 muss es sein, den eingangs geschilderten Trend zu einer Normalisierung der Wirtschaftsleistung zu verstetigen.

Mit dem Ihnen vorliegenden Einzelplan 14 halten wir trotz Corona an Bewährtem fest und bleiben gleichzeitig offen für Neues, Vielversprechendes. In der heutigen Zeit ist keiner der geschilderten Schwerpunkte losgelöst zu verstehen. Alle Themen stehen in einem komplexen Zusammenhang. Hier bleibe ich bei meinem Ansatz, die Zukunft gemeinsam mit den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu gestalten, innovative Ideen zu fördern und insbesondere vielversprechenden Start-Ups auf dem Weg in eine erfolgreiche Zukunft in Nordrhein-Westfalen zu begleiten.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass Nordrhein-Westfalen als ein Gewinner aus der gegenwärtigen Krise hervorgeht. In diesem Sinne freue ich mich auf die weiteren Beratungen unseres Einzelplans, auf Ihre Fragen und Anregungen zur wirtschaftlichen Zukunft Nordrhein-Westfalens.